



Nr. 96. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Lippmann.

Donnerstag, den 26. Februar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 25. Februar).

11½ Uhr. Am Ministerialen Graf zu Eulenburg.

Der Abg. Langerhans ist zum Rath am Oberlandesgericht in Leipzig ernannt und hat wegen der damit verbundenen Gehaltsverhöhung sein Mandat für den 4. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Frankfurt niedergelegt.

5. Nachdem die gestern zurst gestellte Resolution Petri's: „Die Staatsregierung aufzufordern, so bald als möglich dem Landtage eine Vorlage zu deuten, durch welche die rechtlichen Grundlagen in Betreff der Schließung und Trennung der Ehe einheitlich für die ganze Monarchie geregelt werden“, nochmäliger Abstimmung angenommen ist, tritt das Haus in die Beauftragung des Antrages der Staatsregierung ein: zur Vertagung des Landtages der Monarchie vom 25. d. M. bis zum 13. April d. J. seine Zustimmung zu ertheilen.

6. Da nach der Geschäftsordnung Anträge der Staatsregierung ohne Rücksicht darauf, ob sie die Gesetzeswürde enthalten oder nicht, in dreimaliger Abstimmung behandelt werden müssen, und da nur unter Zustimmung der Staatsregierung und des Hauses davon abgewichen werden kann, so holt der Präsident erst die Zustimmung zu einer sofortigen Beschlussfassung ein, die auch ertheilt wird.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin mit dem Antrage der Staatsregierung ganz einverstanden; ich bedaure aber, daß der Tag der Wiedervereinigung auf einen Montag gelegt ist; das zwinge viele von uns am Sonnabend zu reisen. (Heiterkeit lins.) Wenn Sie am Sonntag reisen, ich reise nicht gern am Sonntag. Ich will keinen Antrag stellen, daß wir schon diesmal eine Aenderung eintreten lassen, aber ich möchte der Regierung zur Erwähnung antheimgeben, bei dem nächsten Falle gleicher Art etwas mehr Rücksicht auf die Sonntagsfeier zu nehmen.

Der Minister des Innern: Nachdem auch das Herrenhaus seine Zustimmung zur Vertagung gegeben hat, will ich die allerhöchste Verordnung verlesen:

Wir Wilhelm u. s. w. verordnen auf Grund des Art. 52 der Verfassung mit Zustimmung beider Häuser des Landtages was folgt:

§ 1. Die beiden Häuser des Landtages, das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus, werden vom 25. d. M. bis zum 13. April d. J. vertagt.

§ 2. Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben Berlin, den 25. Februar 1874. Wilhelm, Gegengezeichnet: Das Staatsministerium,

Schluß 12 Uhr. Nächste Sitzung: Montag, den 13. April (zweite Lesung des Expropriationsgesetzes).

16. Sitzung des Herrenhauses (vom 25. Februar).

11 Uhr. Am Ministerialen Graf zu Eulenburg und Dr. Fall.

Herr v. Schönborn, Mitglied des Hauses für den alten und bestreiteten Grundbesitz Culm-Marienburg, ist in Riga gestorben.

Dem Antrage des Staatsministeriums auf Vertagung des Landtages vom 25. Februar bis 13. April empfiehlt Referent Sulzer zuzustimmen, da die Zeit von Ostern bis Pfingsten ausreichen werde, um die Arbeiten des Landtages zu Ende zu bringen.

Nachdem das Haus demgemäß beschlossen, vertagt es die Sitzung auf Vorschlag des Ministers des Innern um eine halbe Stunde, in welcher Zeit dieselbe einen gleichen Beschuß im Abgeordnetenhaus erzielen will, um sodann die üblichen Schlussformalitäten vorzunehmen.

Um 12½ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Minister des Innern schlägt auf Grund der von beiden Häusern erfolgten Zustimmung den Landtag durch Verleihung der betreffenden Allerhöchsten Cabinetsordre.

Der Präsident wird, sobald genügend Material nach dem 13. April vorhanden ist, das Herrenhaus wieder zusammenberufen.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

11. Sitzung vom 25. Februar.

1 Uhr. Am Tische des Bundesrates Fürst Bismarck, Delbrück u. A.

Ein Schreiben des Reichstanzlers zeigt die Ernennung des Geh. Raths Elwanger zum Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder der Verwaltung des Invalidenfonds an.

Auf der Tagesordnung steht die Verhandlung über die Protokolle der Commission für die Vorbereitungen zur Errichtung eines Reichstagsgebäudes. Zur Orientierung liegen auf dem Tisch des Hauses verschiedene Situationspläne aus. Die Commission hat das Terrain von Kroll, das Terrain hinter dem Kriegsministerium, der Porzellanmanufaktur und dem Herrenhaus, das Terrain der Universität und außerdem noch 66 Grundstücke ihrer Prüfung unterworfen, aber alle diese Plätze entweder für an sich ungeeignet, oder doch dem früher bereits vorgelegten, aber vom Reichstag freigesetzten Kroll'schen Platz für nachstehend befinden. Auf Grund dieser Prüfung sind aus dem Hause folgende Anträge hervorgegangen:

I. Des Abg. Dunder: 1) den Reichstanzler aufzufordern, in Verhandlungen mit der preußischen Regierung und dem zeitigen Inhaber des Kroll'schen Gartens wegen Erwerbung der Gebäude, Gärten und des nötigen angrenzenden Terrains einzutreten, um dieselben als Bauplatz für das künftige Reichstagshaus zu einem angemessenen Preise zu erwerben und die dadurch getroffene Vereinbarung wo möglich noch in der gegenwärtigen Session dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorzulegen; 2) sieben Delegierte des Reichstages zu ernennen, welche in Gemeinschaft mit dem Herrn Präsidenten des Hauses und Mitgliedern des Bundesrates, sowie unter Zusicht von Sachverständigen die Vorbereitungen zur Feststellung eines definitiven Bauplatzes nebst Kostenanschlag für das künftige Reichstagshaus auf der westlichen Seite des Königsplatzes sofort in Angriff zu nehmen haben;

II. des Abg. Reichensperger (Crefeld): dem ersten Abhah des obigen Antrages folgende Fassung zu geben:

1) den Reichstanzler aufzufordern, Einleitungen zu treffen, um das hinter dem Kriegsministerium, der ehemaligen Porzellan-Manufaktur und dem Herrenbau belegene Terrain, soweit solches zur Errichtung eines Reichstagsgebäudes erforderlich ist, zu erwerben und die desfalls vereinbarung dem Reichstage baldmöglichst zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorzulegen;

2) in dem Absatz 2 die Worte: „auf der westlichen Seite des Königsplatzes“ zu streichen;

III. des Abg. Lasker für den Fall der Ablehnung des Antrages Dunder eine Commission von 7 Mitgliedern zu beauftragen, unter Ausschluß aller übrigen Plätze den Platz am Kroll'schen Garten und den Platz im Tiergarten zwischen Brandenburger Thor und Lennéstraße belegenden Plätze zu treten, und das Resultat dieser Verhandlungen womöglich noch in der gegenwärtigen Session dem Reichstage vorzulegen; 2) sieben Delegierte des Reichstages zu ernennen u. s. w. (sich wörtlich so wie der Antrag Dunders unter II.)

V. des Abgeordneten Freiherrn zu Rabenau: 1) den Reichstanzler zu ersuchen, in Verhandlungen mit der königlich preußischen Regierung wegen Erwerbung des zwischen Brandenburger Thor und Lennéstraße belegenden Plätze zu treten, und das Resultat dieser Verhandlungen womöglich noch in der gegenwärtigen Session dem Reichstage vorzulegen; 2) sieben Delegierte des Reichstages zu ernennen u. s. w. (sich wörtlich so wie der Antrag Dunders unter II.)

V. des Abgeordneten Graf Bethusy-Huc (als Zusatz zu dem Antrage Laskers): auch den Platz des Raczyński'schen Hauses noch einmal in besondere Erwähnung zu nehmen.

Abg. Dunder: Sie wissen, daß man zuerst das Terrain des Raczyński'schen Palais in's Auge gefaßt hatte für das zu errichtende Reichstagsgebäude, daß aber eine Veräußerung desselben an die Reichsregierung von dem Besitzer verweigert wurde. Die Commission mußte bei Erwerbung eines Bauplatzes im Auge behalten, daß derselbe in einer nicht zu entlegen Gegend sich befindet und daß er den Anforderungen der Kunst entspreche, namentlich in Rücksicht auf die bereits entworfenen Pläne. Nach beiden Beziehungen schien das Terrain des Kroll'schen Etablissements am besten geeignet, in letzter Beziehung vorzüglich schon darum, weil die Baupläne lediglich unter Rücksichtnahme auf den Königsplatz entworfen wurden. Gegen die Lage des

Platzes wurden allerdings Bedenken erhoben und lehnte der Reichstag besonders aus diesem Grunde den Commissions-Antrag auf Erwerbung des Kroll'schen Gebäudes ab. Allein mir scheint dieses Bedenken der zu großen Entfernung von der Stadt durchaus grundlos, nachdem der Reichstag anfangs den Anlauf des kaum 400 Schritt davon entfernten Raczyński'schen Palais beschlossen hätte. Anderweitige Baupläne entsprachen nicht den programmatischen Anforderungen, oder ihre Erwerbung stieß auf die größten Schwierigkeiten und verlangte die Niederlegung vieler nützlicher Gebäude. Aus allen diesen Rücksichten habe ich den früheren Commissions-Antrag wieder aufgenommen und möchte Sie um Annahme desselben bitten.

Das Hauptbedenken in Betreff der zu großen Entfernung, ist wirklich sehr wenig begründet, zumal jetzt die Berliner Stadtbahn gebaut wird. Im Nebengen aber ist die Lage mitten im Tiergarten vorzüglich geeignet, unsere anstrengenden Arbeiten zu erleichtern. Es könnte das Gebäude auf dem geräumigen Bauplatz so recht nach Bequemlichkeit der Abgeordneten eingerichtet und so das eigentliche Hauptquartier für dieselben werden. Früher wurde als Preis für Erwerbung des Etablissements die Summe von 2,500,000 Thlr. angegeben. Dieser Preis beruht aber nicht etwa auf einer Schätzung der preußischen Regierung, sondern nur einzelner Nähe; außerdem aber befindet sich in dieser Schätzung ein Rechenfehler, so daß sich die Summe um 260,000 Thlr. herabmindern würde; ich meine stets bin überzeugt, daß für 1½ Millionen das Gebäude zu erwerben sein wird. Ich wiederhole, daß an dieser Stelle am besten für unsere Bequemlichkeit gesorgt werden wird; wir könnten dann statt der anstrengenden Morgenarbeiten in Nachmittagsarbeiten, die vielleicht von 3 bis 10 oder 11 Uhr dauern würden, die Geschäfte erledigen und es würde sich dann auch der persönliche Verkehr der Abgeordneten weit besser vermitteln, was nicht zu gering zu achten ist.

Abg. Reichensperger (Crefeld): Als der Reichstag die Erwerbung des Kroll'schen Etablissements ablehnte, sah er in erster Linie das Terrain hinter dem Kriegsministerium und der Porzellanmanufaktur ins Auge. Es wird gesagt, daß dasselbe für einen großen monumentalen Bau zu beschränkt sei. Allent ist meine, daß das Monumentale nicht gerade in der Größe liegt. Wenn dann das Gebäude auch nur eine Hauptfassade erhält, so kann diese jedoch so schön ausgeführt werden, daß das Gebäude auch so der Würde der Vertretung des deutschen Volkes angemessen ist. Es wurde weiter der Mangel an Zugängen betont; allein neben dem Haupt-Eingange an der Königgräßer Straße kann leicht auch ein solcher von der Zimmerstraße geschaffen werden und der jetzt bereits vorhandene von der Leipzigerstraße würde außerdem bestehen bleiben. Wie groß übrigens der Bauplatz ist, geht daraus hervor, daß auf demselben das Gewerbemuseum und noch andere Gebäude errichtet werden sollen. Natürlich darf uns dieses Projekt, wenn es sich darum handelt, preußisches Gewerbemuseum gegen deutsches Parlament nicht in unserer Abstimmung beeinflussen. Das Gewerbemuseum findet noch immer einen anderen Platz, wir dagegen nicht so leicht. Auch das Moment der Billigkeit spricht für mich, denn sicher werden wir den Platz an der Königgräßerstraße, auf dem bis jetzt nur einige elende Baracaden stehen, weit billiger erlangen, und wir könnten den Überrichth, der sich gewiß auf eine Million beläuft, zur inneren und äußeren Ausbildung des Gebäudes verwenden. Aus allen diesen Gründen scheint mir das Terrain hinter diesem Gebäude weit zweckmäßiger als der Kroll'sche Platz, und das alte Wort: „Willst Du in die Ferne schweifen, sieh das Gute liegt so nah“, bewahrheitet sich auch hier wieder. (Fall.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich wünsche nicht, daß der Reichstag einem monumentalen Bauwerk oder den Wünschen irgend eines Architekten zu Lieb einen Platz wählt, der durch zu weite Entfernung vom Centrum der Stadt und von den Reichsbehörden den Geschäftes des Reichstages Unbequemlichkeiten bereiten könnte. Die Gründe, die der Abgeordnete Dunder für Kroll ansführte, sind nicht stichhaltig; die Art, wie er die Geschäfte gestaltet wünscht, daß der Reichstag dann immer von 3—10 Uhr Nachmittags tagen soll, will mir nicht behagen; und wenn ich auch gern in Verbreit mit einem Collegen im Reichstage, so will ich doch darauf allein beschränkt sein. Das Grundstück des Raczyński'schen Palais liegt den Reichsbehörden um circa 600 Schritt näher. Wenn der Abgeordnete Dunder übrigens davon gesprochen hat, daß in der Nähe des Kroll'schen Etablissements auch genügend Wohnungen sich finden würden, so möchte ich wissen, wo er die selben sucht; denn ohne daß ein großer Theil des Tiergartens der verwüstenden Art anheimfiel, kann man kaum Grundstücke für Hotels dort finden. Wenn es sich allerdings darum handeln sollte, gegen den Grafen Raczyński mit Zwangsmaßregeln vorzugehen, so würde mir das sehr unlieb sein; aber ich glaube, es ist bei den Verhandlungen mit dem Grafen ein Fehler insofern gemacht worden, daß man die Eigenleibes des Grafen zu sehr gereizt hat. Wenn man in richtiger Weise mit ihm verhandelt, würde man sich kaum einer Ablehnung aussehen.

Abg. Freiherr zu Rabenau empfiehlt den Platz zwischen dem Brandenburger Thor und der Lennéstraße. Man darf die Schönung des Tiergartens, der jüngsten Lunge von Berlin, auch nicht zu weit treiben: die Mitglieder des Reichstages haben auch Lungen. Das Resultat in der Commission ist dadurch entstanden, daß die Sachverständigen mitgestimmt und so die Abgeordneten majoritätst. Redner beruft sich dafür auf den Abg. v. Denzin, der das Factum bestätigt.

Abg. Lasker: Die Sachverständigen haben allerdings bei dieser Angelegenheit ein entscheidendes Urteil. Da wir hier im Hause zu keinem Beschuß gelangen können, habe ich den Antrag gestellt, mehrere Plätze auszuwählen, um auf diese Weise für einen derselben eine Mehrheit zu erzielen, damit nicht bei der großen Anzahl der vorgelegten und gepräften Pläne eine Stimmenverteilung eintritt. Sollten wir auch damit nicht zum Ziele gelangen, so müßten wir einer Commission Vollmacht aus ihrer Mitte mit Majorität selbstständig zu entscheiden geben. Es wäre mir auch recht, wenn in meinen Antrag durch den Beschuß des Hauses auch noch der eine oder andere Platz mitaufgenommen würde, wenn nur damit eine bestimmte Anzahl der Vorschläge aus der großen Menge herausgehoben und allein zur Diskussion gestellt würde.

In namentlicher Abstimmung wird darauf das Amendum des Abg. Reichensperger zum Antrag des Abg. Dunder mit 130 gegen 120 Stimmen und mit dieser Veränderung der Antrag Dunders mit 122 gegen 112 Stimmen angenommen. Damit sind die übrigen Anträge erledigt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, 3. März, 11 Uhr. (Aufhebung des Strafverfahrens gegen die Abg. Majunte und Sonnemann; Antrag der elsässisch-lothringischen Abgeordneten: zweite Lesung des Gesetzes über den Impfzwang; Wahlprüfungen.) Die nächste Zeit soll den Arbeiten in den Commissionen gewidmet werden.

Berlin, 25. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kommissar der Kriegs- und Goldenen Adler-Ordens 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Dem Anwalt Boehler zu Mühlhausen ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichs-Justizrat ertheilt.

Se. Majestät der König hat dem Landgerichtsrath Correns in Düsseldorf zum Appellationsgerichtsrath bei dem Appellationsgerichtshofe in Köln ernannt.

Der bisherige Baumeister Wilhelm Housselle zu Berlin ist als Königlicher Eisenbahn-Baumeister in Saarbrücken angestellt worden.

Berlin, 25. Februar. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] gab gestern Morgen 8 Uhr Sr. Königliche Hoheit dem Kronprinzen von Dänemark nach dem Hamburger Bahnhof das Geleit. Um 11½ Uhr nahm Höchstselbstsame militärische Meldungen entgegen und empfing um 12 Uhr Herrn von Quast. Um 12½ Uhr ertheilte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit einer Deputation von der Insel Rügen Audienz und empfing um 4½ Uhr den Grafen von Dürckheim. Von 7 Uhr ab wohnten Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin der Vorstellung im Wallner-Theater bei. (Reichstag.)

[Das Schreiben des Kaisers.] Der „Staats-Anz.“ schreibt: Da das Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers und Königs an den

Grafen Russell in die Deöffentlichkeit gelangt ist, jedoch in der Form einer Rückübersetzung, die als solche nicht den ursprünglichen Wortlaut wiedergibt, so wird im Nachstehenden das deutsche Original des Allerhöchsten Schreibens zur Kenntnis gebracht:

Lieber Graf Russell!

Das Schreiben Euer Herrlichkeit vom 28. v. M. ist Mir mit den Resolutionen der großen Versammlungen in London und mit den Berichten Meines Botschafters über den Verlauf der letzteren zugegangen.

Ich danke Ihnen aufrichtig für diese Mittheilung und für den sie begleitenden Ausdruck Ihrer persönlichen Gefühle.

Mir liegt die Führung Meines Volkes in einem Kampfe ob, welchen schon frühere Deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wechselndem Glück gegen eine Macht zu führen gehabt haben, deren Herrschaft sich in feinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlthat der Völker verträglich erwiesen hat, und deren Sieg in unseren Tagen die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und die Autorität der Gezeuge nicht bloss in Deutschland in Frage stellen würde.

Ich führe diesen Mir aufgedrungenen Kampf in Erfüllung Meiner königlichen Pflichten und in festem Vertrauen auf Gottes siegreichende Weisheit, aber auch in dem Geiste der Achtung vor dem Glauben Widerer und der evangelischen Wahrheit, welchen Meine Vorfahren dem Rechte und der Verwaltung Meiner Staaten aufgerichtet haben. Auch die neuesten Gelegenheiten Meiner Regierung tösten die katholische Kirche und die freie Religionsübung ihrer Befürworter nicht an; sie geben nur der Unabhängigkeit des Landes und seiner Gesetzgebung einige der Bürden, welche in vielen andern Ländern seit lange bestehen und in Preußen früher bestanden, ohne von Seiten der römischen Kirche für unverträglich mit ihrer freien Religionsübung gehalten zu werden.

Ich war gewiß und freue Mich, daß Ihre Kundgebung es Mir bezeugt, daß Mir in diesem Kampfe die Sympathien des englischen Volkes nicht fehlen würden, mit welchem Mein Volk und Mein Königreich Haus seit der Zeit Wilhelms von Oranien durch die Errinnerung an so manche gemeinsam bestandene schwere und ehrenvolle Kämpfe sich verbunden wiesen.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben mit Meinem aufrichtigen Danke zur Kenntnis der Herren bringen zu wollen, welche die Resolutionen unterzeichnet haben, und verbleibe

Eurer Herrlichkeit wohlgeleiteter

Wilhelm.

Berlin, den 18. Februar 1874.

An den Grafen Russell, Pembroke Lodge, Richmond.

B. F. C. [Aus der kirchlich-staatlichen Commission.] Am Montag fand die erste Sitzung der Commission für das Gesetz, betreffend die Errichtung katholischer Büchsäume, statt. Aus der Generaldebatte, auf welche sich die Verhandlung begründet, heben wir nur einen, allerdings sehr bemerkenswerthen Punkt hervor. Nachdem der Abg. v. Mallindrot, welcher die ganze Richtung der neuen Kirchgesetzgebung mit den bekannten Gr

